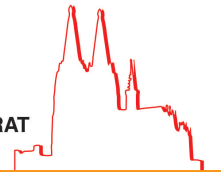




CDU REGIONALRAT
KÖLN



REGIONALRATS- REPORT

Ausgabe 72 / Oktober 2019

Regionalrat beauftragt Bezirksregierung

Masterplan für das Rheinische Revier

In seiner Sitzung vom 27. September hat der Regionalrat Köln die Bezirksregierung damit beauftragt in Abstimmung mit der Bezirksregierung Düsseldorf und den dortigen politischen Fraktionen des Regionalrates einen gemeinsamen Masterplan für das Rheinische Revier zu erstellen, der die Grundlage für die weiteren Überlegungen zur Erstellung eines Leitbildes durch die ZRR darstellen soll. Dieser Plan soll nach Ausschreibung an ein externes Planungsbüro vergeben und durch dieses bis zum Frühjahr kommenden Jahres erstellt werden. Bei der Erstellung sollen drei Teilabschnitte berücksichtigt werden:

- Es wird erstens eine Bestandsaufnahme aller bestehenden Planungen geben (durch örtliche Planungen und regionale Planungsgemeinschaften), zweitens wird es anschließend eine Darstellung der Übereinstimmungen und Konflikte sowie Lösungsvorschläge geben und schließlich sollen fehlende Teile, die sich aufgrund des Strukturwandels ergeben, ergänzt und eine zusätzliche Quantifizierung des regionalen Flächenbedarfs durch den Strukturwandel erhoben werden. Ziel des Kölner Regionalrates und seines Antrags ist es, mit dem Regionalrat Düsseldorf einen Masterplan für das ge-

samte Revier zu erstellen! In seiner räumlichen Ausdehnung und durch den von der Braunkohlenutzung geprägten Charakter ist das Revier einzigartig in Europa. Dabei führen die Veränderungen nicht nur zu großen Herausforderungen für die zukünftige Entwicklung, sondern beinhalten auch die einmalige Chance einer zukunftsfähigen Neuordnung des Raumes. Dies kann nur in gemeinsamer Verantwortung und mit enormen Anstrengungen in räumlicher, inhaltlicher und finanzieller Hinsicht gelingen. Der Strukturwandel im Rheinischen Revier muss von einem großen politischen und gesellschaftlichen Konsens getragen werden, wenn er dauerhaft erfolgreich sein soll. Es ist daher zwingend erforderlich, die politischen Akteure, Vertreter der Wirtschaft, der Arbeitnehmer und weitere gesellschaftliche Gruppen in diesen Prozess einzubeziehen. Ein Masterplan zur räumlichen Entwicklung ist ein entscheidender und wichtiger Schritt, um vorhandene Planungen zusammenzuführen und zusätzlichen Flächenbedarf aufgrund des Strukturwandels aus regionaler Sicht zu integrieren. Dieser soll anschließend in das Leitbild für das Rheinische Revier münden und Bestandteil der Fortschreibung des Regionalplans Köln sein.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



Am 23. September fand im Kölner Maternushaus die Transferkonferenz zum Agglomerationskonzept des Vereins Region Köln/Bonn e.V. statt. Noch einmal gaben sich Akteure und Entscheidungsträger aus Wissenschaft, Stadt- und Regionalplanung, Regionen, Verbänden, Institutionen, Politik und Verwaltung die Klinke in die Hand. Das an diesem Tag vorgestellte Strukturbild des Konzeptes beinhaltet ein räumliches Zielbild für eine, zwischen den unterschiedlichen Raumansprüchen und Teilräumen der Region ausbalancierte Entwicklung der Region im Zeithorizont bis 2040+. Zur Sicherung eines guten Raumzustandes bzw. einer Region in Balance sind in den vergangenen Jahren deshalb auf den verschiedenen Treffen im entstehungsprozess des Agglomerationskonzeptes folgende Ziele gleichberechtigt verfolgt worden, die es nun umzusetzen gilt: Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, eine nachhaltige und regional ausgewogene Siedlungsentwicklung, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, die Sicherung der Mobilität in der Region sowie die Stärkung des Zusammenhalts und der Zusammenarbeit in der Region.

Ihr

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

62 Millionen Euro für die Region

NVR fördert 46 neue ÖPNV-Maßnahmen

Einstimmig hat die Verbandsversammlung des Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) das ÖPNV-/SPNV-Investitionsprogramm für die Jahre 2019 bis 2023 verabschiedet. Insgesamt werden verbandweit 46 neue Investitionsvorhaben mit Fördermitteln in Höhe von zusätzlich 61,8 Millionen Euro in den Maßnahmenkatalog des NVR aufgenommen. Nun sind die Kommunen und Verkehrsunternehmen aufgefordert, prüffähige Finanzierungsanträge zu fertigen und entsprechend Baurecht herzustellen.

Auf die Stadt Köln entfallen laut NVR 16 Millionen Euro. Unter anderem soll die Erweiterung der P+R-Anlage in Köln-Weiden-West mit gut fünf Millionen Euro bezuschusst werden. Maßnahmen in Bonn können mit 13 Millionen Euro und Projekte im Rhein-Erft-Kreis mit 11,6 Millionen Euro gefördert werden. Weitere Fördermittel für Investitionsvorhaben rund um Bus, Bahn und Schiene sind für Aachen bzw. die Städteregion Aachen (insgesamt 2,2 Millionen Euro), den Kreis Euskirchen (3,5 Millionen Euro), den Kreis Heinsberg (55.600 Euro), den Oberbergischen Kreis (2,8 Millionen Euro), den Rheinisch-Bergischen Kreis (40.300 Euro), den Kreis Düren (7,9 Millionen Euro) und den Rhein-Sieg-Kreis (3,7 Millionen Euro) vorgesehen. Bei einer Vielzahl der Maßnahmen handelt es sich um den barrierefreien Ausbau von Haltestellen.



Beispielsweise kann die Stadt Königswinter (Rhein-Sieg-Kreis) für den barrierefreien Ausbau von 45 Bushaltestellen im Stadtgebiet auf eine Förderung in Höhe von knapp 1,8 Millionen Euro zurückgreifen.

Maßgeblich für die Aufnahme in den Maßnahmenkatalog waren neben dem Bewertungsergebnis innerhalb der jeweiligen Förderkategorie das Jahr des Baubeginns sowie die regionale Verteilung der Mittel. Darüber hinaus durfte kein Realisierungshindernis vorliegen. Das heißt, dass etwaige Pro-



bleme beim Baurecht oder beim Grunderwerb ausgeräumt sein müssen. Vorhaben, die in diesem oder im nächsten Jahr beginnen, wurden vorrangig in das Investitionsprogramm aufgenommen. Der NVR übernimmt in der Regel 90 Prozent der förderfähigen Kosten einer Maßnahme. Die übrigen 10 Prozent werden vom Antragsteller (Kommune oder Verkehrsunternehmen) finanziert.

Auch der Aspekt der Barrierefreiheit soll weiterhin vorangetrieben werden, sagt der Geschäftsführer des NVR, Dr. Norbert Reinkober: „Unser Ziel ist es, dass die Haltepunkte und Stationen in unserem Gebiet möglichst schnell barrierefrei und modern werden. Dann kann sich der Ausbau zu Mobilstationen nahtlos anschließen. Wir sind froh, dass wir alle Anmeldungen für die Aufnahme in die Förderung berücksichtigen konnten.“

Eine Aufstellung mit allen 46 neuen Fördermaßnahmen des Nahverkehr Rheinland ist auf der Homepage des Unternehmens unter dem entsprechenden Presstext hinterlegt.

Fotos: NVR und Benjamin Wittmann/pixelio.de

Gedankenaustausch mit der Metropolregion Nordwest

Klausurtagung der CDU-Regionalratsfraktion in Bremen

Mitte September machte sich die Regionalratsfraktion der CDU auf den Weg zu ihrer jährlichen Klausurtagung, dieses Jahr mit dem Ziel Bremen. Wasser war man aus den vergangenen Jahren, beispielsweise durch den Besuch des Hafens von Rotterdam, ja durchaus gewohnt - der Besuch der Metropolregion Nordwest, zu der die Hansestadt gehört, sollte sich aber schwerpunktmäßig dem Luft- und Raumfahrtstandort widmen. Bremen ist der zweitgrößte Airbus-Standort in Deutschland und zuständig für die Konstruktion, Fertigung, Integration und Erprobung der Hochauftriebssysteme für die Flügel aller Airbus-Flugzeugprogramme. Hier ist die gesamte Prozesskette für die Hochauftriebselemente angesiedelt, einschließ-



lich Projektbüro, Technik- und Systemengineering, Flugphysik, Strukturentwicklung und -montage, Verifizierungstests, Flügelausrüstung und -auslieferung bis hin zu den Endmontagelinien. Für das Programm A400M entwickelt und fertigt Bremen die integrierte Rumpfsektion einschließlich des Frachtladesystems.

Der Standort ist außerdem Kompetenzzentrum für Weltraumtransport, bemannte Raumfahrt und Raumfahrt-Robotik. Hier kommt die ArianeGroup in Spiel, deren Geschäftsführer Dr. Jens Laßmann, der Fraktion auf dem Werksgelände einen beeindruckenden Einblick in die Technik des Raumtransports gewährte. Die ArianeGroup ist das weltweit führende Unternehmen auf diesem Gebiet im Dienste institutioneller und kommerzieller Kunden und gewährleistet dabei Europas strategische Unabhängigkeit im All. Die Group entwickelt Startsysteme für zivile und militärische Anwendungen und bedient Märkte auf dem Segment der Raum-

fahrt, der Verteidigung sowie der Energieerzeugung.

Am zweiten Tag des Besuchs an der Weser hielt zunächst Frau Dr. Anna Meincke, Geschäftsführerin der Metropolregion Nordwest im Rahmen der Fraktions-sitzung einen Vortrag über den Kooperationsraum, bestehend aus elf Landkreisen, fünf kreisfreien Städ-



ten und den beiden Bundesländern Bremen und Niedersachsen. Seit 2006 ist die Metropolregion Nordwest in Vereinsform organisiert und erstreckt sich bei 2,7 Millionen Einwohnern auf eine Gesamtfläche von 13.749 Quadratkilometern - vom Landkreis Cuxhaven im Norden bis in den Landkreis Osnabrück im Süden. Ziele sind die Vernetzung und Zusammenarbeit in der Region, gemeinsames Marketing, Lobbying und der Ausbau regional bedeutsamer Zukunftsfelder. Zum Vergleich, der Regierungsbezirk Köln hat in seiner Fläche eine Größe von nur 7.365 Quadratkilometern aber mit 4,4 Millionen Menschen fast doppelt so viele Einwohner wie die Metropolregion Nordwest. Im Gegensatz zur Gebietsstruktur in Nordrhein-Westfalen gibt es in Niedersachsen auch bereits seit dem 01. Januar 2005 die vier Regierungsbezirke nicht mehr, über deren Auflösung Frau Dr. Meincke der Fraktion ebenfalls kurz berichtete. Ursprünglich war das Bundesland nämlich unterteilt in Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems. Zum Abschluss besuchte die Fraktion noch die Einsatzleitstelle der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger an der Weser. Von hier aus werden die gesamte Nord- und Ostseeküste überwacht und im Seenotfall die Einsätze der Rettungskreuzer von Borkum im Westen bis Usedom an der polnischen Grenze koordiniert und gesteuert. Getreu dem Motto: „SAR - Search and Rescue“

Umzug ins Hauptgebäude der Bezirksregierung

Geschäftsstelle der CDU-Fraktion im neuen Büro

Seit Mitte August ist die Fraktionsgeschäftsstelle der CDU-Fraktion in ihren neuen Räumlichkeiten im Hauptgebäude der Bezirksregierung Köln untergebracht und konnte dank der guten Vorbereitung und Zuarbeit durch die Geschäftsstelle des Regionalrates

unmittelbarer Nähe des neuen Büros," freut sich der Geschäftsführer der Fraktion, Benjamin Schmidt. Der alte Mietvertrag für das Gebäude Zeughausstraße 10, in dem die Fraktion zuvor gut acht Jahre untergebracht gewesen war, wurde zuvor durch das Land

gekündigt. Hier, am neuen Standort, habe man jetzt frisch renovierte Arbeitsplätze und die tägliche Fahrt mit dem Paternoster sei ein zusätzliches Highlight. Als einzigen Wermutstropfen müsse man die neue



auch unmittelbar ihre Arbeit aufnehmen. „Durch die direkte Nachbarschaft zu den anderen Parteien und Fachdezernaten ist jetzt eine noch schnellere Besprechung und Abstimmung von den verschiedensten politischen Themen möglich. Auch der Konferenzraum der Fraktion für die Vorbesprechungen der Kommissions- und Regionalratssitzungen befindet sich in

Raumgröße nennen, so Schmidt: „Es ist ja immer leichter sich zu vergrößern, als zu verkleinern.“

Der Blick aus dem Fenster ermögliche jetzt nicht mehr die Sicht auf die Domspitzen und den Plenarsaal der Bezirksregierung, dafür aber auf „Colonius“ und die ursprüngliche Kirche der Kölner Erzschofe, St. Gereon. **Foto: Benjamin Schmidt**

Termine

04. November 2019
Unterkommission Rhein-Berg

06. November 2019
Unterkommission Ville-Eifel

15. November 2019
Strukturkommission

22. November 2019
Verkehrskommission

IMPRESSUM

Vorsitzender:
Stefan Götz (verantwortlich)
Stadt Köln

1. Stellv. Vorsitzende:
Brigitte Donie
Rhein-Sieg-Kreis

2. Stellv. Vorsitzender:
Franz-Michael Jansen
Kreis Heinsberg

Vorsitzender des Regionalrats:
Rainer Deppe MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:
Paul Hebbel
Stadt Leverkusen
(Vorsitzender der
Verkehrskommission)

Fraktionsgeschäftsstelle:
Benjamin Schmidt
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46
Fax: 02 21 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de